

Stadtparlament: Sachkunde gefährlich?

In der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt Erkner sollte sachlich richtig entschieden werden. Sollte man meinen ...

Zur Vorbereitung einer Entscheidung werden die einzelnen Themen in den Ausschüssen beraten und mit einem Votum versehen. Auch hier geht es um eine sachliche Debatte und einen zutreffenden Vorschlag. Die besondere Fachkunde von Einwohnern darf dabei genutzt werden. Sie sollen als Fachleute zusätzlichen Sachverstand in die politischen Gremien bringen. Sie dürfen mitberaten, Vorschläge machen, Anträge stellen, Auskünfte erfragen. Das sieht die Kommunalverfassung ausdrücklich vor.

Das Stadtparlament in Erkner hat solche „sachkundigen Einwohner“ für seine Ausschüsse bestellt. Hier geht es also um Fachkunde und um Sachkunde. Fachkunde bringen diese Einwohner mit. Deshalb sind sie benannt worden. Für die Sachkunde in den Einzelfragen muss nun der oder die Ausschussvorsitzende oder die Stadtverwaltung Sorge tragen. Der „sachkundige Einwohner“ kann nicht von sich aus wissen, was auf der Tagesordnung steht.

Und daran hapert es bislang. Zwar bekommen unsere „sachkundigen Einwohner“ mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses auch dessen Tagesordnung und die Materialien, die Gegenstand der Sitzung sein sollen. Was aber sonst in anderen Ausschüssen oder gar im Stadtparlament dazu behandelt worden ist, erfahren sie nicht.

Ein Unding!

Häufig erschließen sich bestimmte Vorgänge nur dem, der die ganze Vorgeschichte, den Werdegang der Angelegenheit, vom Anfang bis zum aktuell problematischen Stand kennt.

Impressum:

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon 574 7003; Redaktionsschluss: 15. Mai 2018, Auflage: 2500; Druck: Buch- u. Offsetdruckerei Häuser KG, Köln; kontakt@linke-erkner.de, www.linke-erkner.de, www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner/

Zur Fachkunde muss also noch die besondere Sachkunde hinzukommen.

Folgerichtig hat die Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament den Antrag gestellt, die „sachkundigen Einwohner“ mögen für ihr Fachgebiet im Ausschuss genauso kundig gestellt sein, wie die entsprechenden Stadtverordneten. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, sollte man annehmen! Nicht so für die anderen Fraktionen. Die CDU konnte sich zu der Frage gar keine Meinung bilden ... (Und warum sollen das dann „sachkundige Einwohner“, sich nämlich eine Meinung bilden?) Die SPD hingegen fand den Antrag an sich „ganz toll“. Aber doch bitte heute nicht entscheiden! Nein, nein! Da stecken noch zu viele Probleme im Detail. Was, wenn die „fachkundigen“ Einwohner plötzlich zu viel erfahren – damit wirklich „sachkundig“ werden? Und all die „geheimen“ Dinge, die nur die Stadtverordneten selbst erfahren dürfen? Das ginge doch gar nicht! Wo kämen wir denn dahin!

Dieser „Bitte“ um Vertagung konnten wir uns angesichts der bekannten Mehrheit von SPD/CDU nicht verschließen.

Ob es eine Vertagung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag sein soll, wissen wir nicht. Wir jedenfalls rufen den Punkt bei nächster Gelegenheit wieder auf.



Michael Voges
Mitglied im Hauptausschuss sowie im Ausschuss Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus;
mevoges@t-online.de;
Foto: privat

Termine

■ Sa. 26. 5., 10–12 Uhr, Erkner, Friedrichstraße (Höhe REWE), 22. Bürgersprechstunde vor Ort der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner
Termine der öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Internet unter www.linke-erkner.de.

Bücher aus dem Feuer



Eröffnung der Gedenkveranstaltung mit Bürgermeister Henryk Pilz (1. Reihe rechts)

Aus Anlass des 85. Jahrestages der Bücherverbrennung durch die deutschen Faschisten im Jahr 1933 wurden am 9. Mai in der Gerhart-Hauptmann-Stadt Erkner, wie in ganz Deutschland, Texte aus den damals verbrannten Büchern vorgelesen.

Die Fraktion DIE LINKE hatte zum Lesen gegen das Vergessen eingeladen. 25 Bürgerinnen und Bürger waren in den Bürgersaal in Rathaus gekommen. Zwei Mütter hatten auch ihre Kinder mitgebracht. Besonders gefreut hat es uns, dass auch der neue Bürgermeister Henryk Pilz an seinem dritten Arbeitstag der Einladung gefolgt war.

Franziska Schneider, Ursula Paape, Erdmute Scheufele, Katja Kunitz und ihre Tochter Klara,



Klaus Hübler



Franziska Schneider



Erdmute Scheufele

Rita-Sybille Heinrich, Michael Voges, Dorit Herden und Julia Wiedemann lasen sehr unterschiedliche Texte. Klaus Hübler stellte allen eine Ausgabe der „Buddenbrooks“ von Thomas Mann aus dem Jahr 1915 vor, die sein Vater vor der Vernichtung gerettet hatte.

Die etwa einstündige Lesung gegen das Vergessen war spannend, überraschend und kurzweilig. Sie war gleichzeitig ein Bekenntnis zu Menschlichkeit, Frieden und Solidarität, gegen aufkommenden Neofaschismus.

„Die Gedanken sind frei, sie lassen sich nicht zu Asche verwandeln. Deshalb lesen wir“, so das Fazit aller Beteiligten.

Dr. Elvira Strauß
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der SVV



Katja Kunitz und ihre Tochter Klara

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 1/2018 vom 15. Mai 2018

DIE LINKE.
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Wie realisiere ich meine Interessen und verhindere Widerstand?

Die unendliche Geschichte der Lösung des Platzmangels an der Grundschule

Das Rezept der Stadtverwaltung Erkner lautete:

Erstens

Man tut mehr als ein Jahr so, als ob man die Interessen der Kinder, Eltern und der Grundschule an einem toll gestalteten Pausenhof unter großen Mühen und mit viel Geld umsetzen wolle. Über ein Jahr schreibe man in jedes Protokoll, antworte auf jeder Sitzung immer, man prüfe die Idee, Schulcontainer auf dem Hortgelände aufzustellen. Damit streue man den Kindern, Eltern und allen Konferenzen Sand in die Augen.

Wenn diese dann nicht einschlafen wollen, weiter nachfragen, reden und schreiben, tritt der Schritt zwei in Aktion.

Zweitens

Man errichte Wände aus Gummi. „Wir sind auf einem Guten Weg“, heißt die eine Wand, eine andere „Habt doch Vertrauen in die Verwaltung, die macht das schon.“ Noch im Januar 2018 verkündete die Bauabteilung der Verwaltung, „dass die Nutzung von Containern auf dem Gelände des Hortes Koboldland zum 2. Schulhalbjahr

2018/19 vorbereitet werden soll. Darüber wurde die Schulkonferenz wie auch der Landkreis und das DRK informiert. Wir haben die finanziellen Mittel ... in die Haushaltsplanung 2018 mit aufgenommen“, heißt es wörtlich im Protokoll, das am 18. Januar 2018 erstellt wurde. Im Februar wurde dann aber der Schuldirektor informiert: „Das alles geht so nicht.“

Drittens

Ein weiterer Schritt zur Verhinderung des Widerstands wird deshalb am 1. März



Neuer Pausenhof der Löcknitz-Grundschule gut angenommen
Foto: Jürgen Strauß

Fotos Jürgen Strauß

2018 auf einer erneuten Schulkonferenz gegangen. Man stelle die Lösung der Platzprobleme der Schule mit Containern auf dem Schulhof als alternativlos dar. Die unmittelbaren Nachbarn der Kita waren nicht einverstanden, da die Abstandsflächen nicht eingehalten würden, die Zeit dränge jetzt, wenn die Nutzung im Februar 2019 beginnen soll. Entweder Container auf den Schulhof oder nichts. Die Pistole auf der Brust führt nicht zu Widerstand, sondern zur Resignation. Mehrheitlich stimmt die Schulkonferenz für das, was sie über ein Jahr nicht wollte. DIE LINKE, die konsequent an der Seite der Schüler, Eltern und Lehrer gekämpft haben, sind enttäuscht.

So wird viel, viel Geld gespart, man braucht nicht über eine Verkehrslösung in der Langen Straße nachdenken. Wie das Problem der wachsenden Kinderzahl mit der sinkenden Auslauffläche vereinbar wird, sollen doch andere lösen. „In Berlin haben die Schulen noch weniger Auslauf“, so die Verwaltung.

Die Fakten in Kürze

- Kinder, die jetzt die Grundschule in Erkner besuchen, wurden nach 2005 geboren, trotzdem ging man lange Zeit von sinkenden Schülerzahlen aus. Die Grundschule am Rund wurde geschlossen und in eine Förderschule umgewandelt. Obwohl eine wachsende Bevölkerung erwünscht ist, gibt es keinen auf die Zukunft gerichteten Schulentwicklungsplan.
- Für die Zeit der Hortsanierung bei Koboldland stehen Container auf dem Gelände an der Seestraße.
- Spätestens seit Beginn des Jahres 2017 ist bekannt, dass die Klassenräume an der Löcknitz-Schule nicht mehr alle Schüler aufnehmen können.

Der Lösungsvorschlag der Verwaltung bis Ende 2017 lautet: Auslagerung einiger Klassen entweder an die Morus-Oberschule oder an das Gymnasium. Rechtliche und versicherungstechnische Gründe stehen dem im Weg. Schulkonferenz lehnt es vehement ab, Kinder und Lehrer durch den Verkehr Erkners zu schicken. Als Übergang bis das Schulzentrum fertig ist, soll eine Containerlösung auf dem Hortgelände geschaffen werden.

- Herr Wolter (stellvertretender Bürgermeister Erkners) sagte in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 8. Mai 2018 sinngemäß: Es sei ja versucht worden, die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke zu einer Zustimmung zur Errichtung der Container auf dem Hortgelände zu bewegen. Es handele sich um eine Erbgemeinschaft, deren Zustimmung zu dem geringen Abstand des Stellplatzes der Container von deren Grundstücksgrenze erforderlich sei. Zu Beginn dieses Jahres wurde ein Anwaltsbüro eingeschaltet, um alle einzelnen Erben zu ermitteln und zur Zustimmung zu gewinnen. Einige Erben wären derzeit unbekannt. Die Ermittlung der Erben könne bis zu zwei Jahren in Anspruch nehmen. Deshalb der Sinneswandel der Verwaltung.



*Dr. Elvira Strauß
Vorsitzende der Fraktion;
Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Soziales, Jugend,
Gleichstellung, Sport,
Kultur; Mitglied im Haupt-
ausschuss;
Elvira_strauss@web.de;
Foto: DIE LINKE*

Und noch eins zum Thema: Kinder in unserer Stadt, im Kreis, im Land

Kita-Elternbeiräte aktiv

Wie viel Aufmerksamkeit verdienen unsere Kinder und natürlich ihre Eltern in unserer Stadt? Eigentlich sollte man meinen: jede erdenkliche!

Aber ist das in Erkner im Kita-Bereich wirklich so? Ich habe in den vielen Jahren meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für die Stadt immer

nur dann scheinbare Aktivitäten aus dem zuständigen Ressort der Frau Warmuth verspürt, wenn ich mal wieder Auskünfte von dort erbeiten habe.

Seit 2008, als schon ein Mangel in der Kita-Platzversorgung erkennbar war, werde ich nicht müde, auch unbequeme Frage zu stellen. Die Antworten ließen sehr oft, sehr lange auf sich warten und gingen oft am Thema vorbei. Der letzte Geniestreich war allerdings der Höhepunkt der Arbeitsvermeidungsstrategie des besagten Ressorts.

Seit vielen Jahren habe ich gefordert, sich der Kita-Satzung der Stadt anzunehmen und die Elternbeitragsstabellen zu überarbeiten. Nichts geschah, oder man verstand mein Anliegen nicht (O-Ton Herr Gürke, Vorsitzender der SPD-Fraktion), da wir keine kommunale Kita in der Stadt haben. Nur zu dumm, dass sich die Betreuungsverträge der sogenannten „freien Träger“ mit den Eltern auf die städtische Satzung berufen. Dass die Satzung der Stadt, ähnlich wie die der Gemeinde Woltersdorf, fehlerhaft sein könnte, wird eventuell unserer Stadtkasse auf die Füße fallen. Woltersdorf hat bereits 440 000 € für die Rückzahlung an die betroffenen Eltern in den Haushalt eingestellt.

Was macht Erkner?

Wir heben die Satzung der Stadt zum 1. August 2018 auf und hoffen, dass die Eltern resigniert aufgeben und sich ihre Rechte nicht einklagen.

Das hätte vielleicht geklappt, wenn nicht vielen Eltern der DRK-Kita Knirpsenhausen eine Berechnung der Nachzahlung, die in die Tausende Euro gehen, ins Haus geflattert wäre. Nun werden Anwälte eingeschaltet und Gerichtsverfahren angestrengt, um die Überprüfung der alten Satzung von 2001 zu erwirken. Da war auch Frau Warmuth schon im Amt.

Eine zunächst im Januar 2018 (!) zugesagte Überarbeitung der Satzung durch Ressortleiterin Frau Warmuth, wurde zur letzten Sozialausschusssitzung abgesagt, und die Aufhebung der städtischen Satzung in der SVV angekündigt. Nun sind die Träger gefragt, ihre eigenen Satzungen vorzulegen und hunderte Betreuungsverträge zu ändern, da Erkner keine Satzung mehr hat, auf die man die eigene Verantwortung zur Beitragsberechnung abwälzen könnte.

Es kommt jedoch eine immer größer werdende Elternmacht auf die Bühne des Kita-Dramas im Land Brandenburg. Seit dem 16. April 2018 gibt es einen legitimierten Kita-Elternbeirat (KEB) im Landkreis Oder-Spree.

Hier kommt die geballte Ladung der Eltern Erfahrungen im Kita-Bereich zusammen. Nicht nur die Elternbeiträge, auch die gesunde Ernährung und der Betreuungsschlüssel (einer der schlechtesten in der Republik) stehen im Fokus der Arbeit des neuen KEB.

Noch vor drei Jahren hat Frau Warmuth auf die Frage nach einem Elternbeirat empört mit dem Kommentar reagiert: „Ich mache dazu keine Aussage, weil mir das dann wieder negativ ausgelegt wird.“ Diese Antwort war am Thema vorbei, hat aber bewirkt, dass sich Eltern auch aus unserer Stadt zusammen gefunden haben und nach einem langen Weg der KEB mit starker Erkneraner Beteiligung in Beeskow gegründet wurde.

Im Land wirkt jetzt ein Dominoeffekt! Nachdem bei uns die Gründung des KEB erfolgreich über die Bühne ging, ist in Märkisch-Oderland die Elternschaft bestärkt, auch einen KEB zu gründen. Am Rande eines Kita-Forums am 7. Mai 2018 in Rüdersdorf mit dem Kita-Gesetz-Guru Jens Schröder aus Prenzlau, wurden Erfahrungen ausgetauscht. Wir konnten uns fast schon wie alte Hasen fühlen und Tipps geben.

Tja, und nun das Land: Das letzte gebührenfreie Kita-Jahr steht ab 1. August 2018 an, aber die Elternschaft weiß noch gar nichts über die Verfahrensweise ... Das dauert und dauert und dauert ...



*Rita-Sybille Heinrich
Mitglied im Ausschuss für
Bildung, Soziales, Jugend,
Gleichstellung, Sport, Kultur;
Mitglied im Ausschuss
Finanzen, Haushaltsplanung,
Wirtschaftsförderung, Tourismus;
sachkundige Einwohnerin im
Kreistag Oder-Spree;
Rita.Heinrich@ewetel.net;
Foto: DIE LINKE*

Die Selbstherrlichkeit einiger Stadtverordneten

„Mir platzt gleich der Hals als Erkneraner Bürgerin über Ihre Selbstherrlichkeit!“

Es war dieser laute Zwischenruf – aus der hintersten Zuschauerreihe – in Richtung SPD-Fraktion, die das Gebaren der Selbigen während der SVV am 8. Mai treffend beschreibt. Was war geschehen?

Im Wahlkampf hatte die LINKE das Thema „Übertragung der SVV im Internet“ auf die Agenda gebracht – als Service für alle, die an den Sitzungen nicht teilnehmen können, weil sie z.B. arbeiten, Kinder oder Angehörige betreuen oder weil sie nicht wollen. Auch nach der knapp verlorenen Wahl fühlen wir uns an unsere Wahlversprechen gebunden und haben entsprechenden Antrag in die SVV eingebracht. Es ging darum, alle Möglichkeiten zu prüfen und Kosten zu ermitteln. Es zeigte sich schnell, dass die Sozialdemokraten mehr Bürgerbeteiligung allenfalls vor der Wahl predigten. Mit ziemlich fadenscheinigen Argumenten wurde der Antrag schlecht geredet, so dass selbst der neue Bürgermeister Henryk Pilz nur konsterniert festhalten musste: „Ich finde es schade, dass dieses Thema, das wir zu Wahlkampfzeiten auf der Agenda hatten, jetzt ein Stück weit zerredet wird.“

Der Redeanteil der sonst eher wortkargen SPD war zu diesem Thema ungewohnt hoch – herausgekommen ist dabei ein Kasperletheater, das man eigentlich nur von der Bundespartei kennt. Im Einzelnen:

1. Herr Wuttke möchte zunächst die Begriffe „Mediathek“ und „Livestream“ genau definieren und abgeklärt wissen. Eigentlich erstaunlich, wo er doch sonst so wenig Lust auf Diskussionen hat. „Das sind zwei verschiedene Schuhe“. Recht hat er, ist aber im Anfangsstadium dieser Diskussion völlig nebensächlich.
2. Herr Trogisch misst politisches Interesse in Erkner einzig und allein an der Anzahl der Gäste in den Ausschüssen: „Wir brauchen nur gucken, wie interessiert unsere Erkneraner Bürger sind. Sie kommen nicht, weil es sie einfach nicht interessiert“. Welches Bild vom mündigen Bürger haben Sie eigent-

lich, Herr Trogisch? In jedem Fall eines, das nur auf Vermutungen und schlechten Erfahrungen fußt.

3. Herr Landmann („Ich mag direkte Demokratie“) findet es schade, dass inzwischen sowieso fast alles über das Internet gemacht wird, z.B. „Sachen bestellen“. Sich jetzt auch noch über Kommunalpolitik informieren wollen? Das geht dem Polizeibeamten (der übrigens selbst zwei Profile bei Facebook unterhält und informiert) wohl einen Schritt zu weit. Sein Fazit: „Jeder kann ja seinen gewählten Stadtverordneten fragen. Einen Livestream brauchen wir nicht!“ Information aus zweiter, statt direkter Hand, reicht für Herrn Landmann demnach vollkommen aus. Seinem eingangs gesagten Satz „Ich mag direkte Demokratie“ hat er damit in 30 Sekunden selbst widersprochen.

Übrigens: Der Zwischenruf der Dame schien den Stadtverordneten der SPD tief ins Mark gefahren zu sein. Ihr anschließendes Schweigen sprach Bände. Ein Download dieser SVV wäre im Internet wahrscheinlich viral gegangen, hätte sich also in kürzester Zeit schnell verbreitet (ja, Herr Wuttke, wir kennen den Begriff). Schade, dass man diese Möglichkeit in naher Zukunft wohl nicht ins Auge fassen möchte. Die Arbeitsgruppe „digitale Kommune“ wird sich jetzt mit unserem Antrag befassen.



*Mario Hausmann
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion;
Mitglied im Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr;
parteilos;
mario_hausmann@gmx.de;
Foto: DIE LINKE*